

Einschätzung und Zwischenbilanz des Bundestagswahlkampf 2002

(unveröffentlichtes Manuskript vom 12. August 2002)

1. Trends und Entwicklungen in der auslaufenden Legislaturperiode

Ein genauerer Blick auf die politische Entwicklung der letzten Legislaturperiode lässt sowohl einige Besonderheiten, aber auch die Verstärkung einer Reihe von Trends erkennen, die von der Wahlforschung seit längerem beobachtet werden. Zu den in der Vergangenheit immer wieder analysierten "Gesetzmäßigkeiten" des Verlaufs einer Legislaturperiode gehört der sogenannte *midterm-Verlust* (Stimmenverluste für die jeweiligen im Bund regierenden Parteien in der Mitte einer Legislaturperiode).¹ Enttäuschungserfahrungen und eine Demobilisierung der eigenen Wählerschaft aufgrund nicht und nur schleppend umgesetzter Wahlversprechen führen in der Regel dazu, dass die Oppositionsparteien in den Zwischenwahlen zulegen können. Am Ende einer Legislaturperiode gelingt es den Regierungsparteien jedoch häufig wieder, in der Gunst der Wähler und Wählerinnen zuzulegen.

Der Verlauf der Legislaturperiode 1998 – 2002 zeigt dagegen ein sehr atypisches Bild. Mit Blick auf die Parteien der Regierungskoalition kann man von einem *firstterm-* und einen *end-term-Verlust* sprechen. In der Mitte der Legislaturperiode konnte sich SPD dagegen stabilisieren, während die Grünen weitere Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatten..

Während die ersten Wochen, unmittelbar nach dem Regierungswechsel im September 1998, noch von Aufbruchstimmung und Reformervwartungen geprägt waren, brach die Regierungskoalition bereits Anfang 1999 auf breiter Front ein, und die CDU eilte bei den Landtagswahlen im Jahr 1999 (eingeleitet durch den Wahlsieg von Roland Koch in Hessen) von Erfolg zu Erfolg. In den Augen vieler Wähler hinterließ die zunächst hoffnungsvoll gestartete Regierung schon nach kurzer Zeit durch den Rücktritt von Oskar Lafontaine, interne Koalitionsstreitigkeiten und handwerkliche Fehler den Eindruck, dass sie mit der neuen Rolle überfordert war. So wurden die Landtagswahlen 1999 zu einem Plebiszit über die Politik der rot-grünen Koalition und veränderten in nur einem Jahr nach der Bundestagswahl erneut die politische Landkarte der Bundesrepublik.² Im Westen fielen SPD-Bastionen wie Hessen und das Saarland an die CDU; im Osten, wo die SPD bei der Bundestagswahl noch die höchsten Stimmengewinne verbuchen konnte, stürzte sie regelrecht ab und wurde zum Teil von der PDS beerbt, die ihr in einigen ostdeutschen Bundesländern (Sachsen, Thüringen) den

¹ Siehe Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen 2000, S.200ff.

² Vgl. Probst, Lothar: Ist Rot-Grün regierungsfähig? Anmerkungen zum Zustand und zu den Perspektiven von SPD und Bündnisgrünen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4/1999, S. 22-32.

Rang als zweitstärkste Partei streitig machte.³ Vom Saarland bis nach Sachsen durchzog nun eine Südschiene von CDU-regierten Ländern die Republik, die über den Bundesrat die Regierung unter Druck setzen konnten. Das Jahr 1999 lässt sich vor diesem Hintergrund als das Jahr einer erfolgreichen Wiederauferstehung der CDU charakterisieren, die sich schneller als erwartet von der vernichtenden Wahlniederlage 1998 erholt hatte.

Ende 1999, also kurz vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein und einige Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, sprach man angesichts ihres desaströsen Erscheinungsbildes bereits vom Ende der Berliner Koalition. Die Situation veränderte sich jedoch schlagartig, als das Ausmaß der Spendenaffäre der CDU mit Helmut Kohl nach und nach an die Öffentlichkeit gelangte.⁴ Unter dem Einfluss der Affäre konnten SPD und Grüne bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein einen außerordentlichen knappen Vorsprung erzielen und danach – trotz zum Teil erheblicher Verluste für die Bündnisgrünen – die strategisch wichtige Landtagswahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gewinnen. Der Ausgang dieser beiden Wahlen und die Tatsache, dass die Regierungskoalition mittlerweile auch in Berlin Tritt gefasst sowie das Koalitionsmanagement verbessert hatte, leiteten 2000, in der Mitte der Legislaturperiode, eine Stabilisierung ein, wenngleich diese in den Folgemonaten (bis Ende 2001) immer wieder neuen Belastungen (Auseinandersetzung innerhalb der Bündnisgrünen, die durch die Kriegseinsätze im Kosovo und nach dem 11. September in Afghanistan vor einer inneren Zerreißprobe standen, Vertrauensfrage des Kanzler) ausgesetzt war. Die CDU war aufgrund der Spendenaffäre erneut stark angeschlagen, und auch die im April 2000 zur neuen Parteivorsitzenden gekürte Angela Merkel vermochte es nicht, die CDU in den folgenden 18 Monaten wieder an die SPD heranzuführen. Zum eigentlichen Gewinner dieser Phase entwickelte sich die FDP. 1999 mussten die Liberalen noch eine Niederlage nach der anderen einstecken, aber bereits bei den Wahlen in Schleswig-Holstein Anfang 2000 konnte die FDP im Schatten der CDU-Parteispendenaffäre erstaunlich gut abschneiden. Die eigentliche Wende und Wiedergeburt der FDP leitete aber erst Jürgen W. Möllemann mit seinem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen ein. Hier wurden bereits die Grundzüge jenes neuen Wahlkampfstils ausprobiert, der seitdem die FDP auszeichnet.

Die Zwischenwahlen von Anfang bis Ende 2001 vermittelten eher einen unübersichtlichen Eindruck und ließen keinen eindeutigen Trend erkennen (außer dass die Bündnisgrünen weiter kontinuierlich verloren, die FDP sich weiter erfolgreich konsolidieren und die PDS ihre Stellung als ostdeutsche Regionalpartei ausbauen konnte). Bei den Landtagswahlen in

³ Diese Entwicklung führte dazu, dass der Bundesgeschäftsführer der PDS, Dietmar Bartsch, die Postsozialisten in Ostdeutschland bereits als „SPD-Nachfolgepartei“ bezeichnete (zitiert nach einem Bericht des Weser-Kurier vom 6. Dezember 1999, S. 2, „PDS auf der linken Überholspur“).

⁴ Siehe hierzu auch Leyendecker, Hans u.a.: Helmut Kohl, die Macht und das Geld, Göttingen 2000.

Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg konnten sich sowohl CDU als auch SPD als Sieger fühlen. In Hamburg blieb die SPD zwar mit Abstand stärkste Partei, musste aber trotzdem die Regierungsverantwortung abgeben, während die CDU trotz deutlicher Stimmenverluste durch die Bildung einer neuen Koalition zum Wahlsieger mutierte. Die Berlin-Wahlen schließlich waren für die CDU ein Desaster (-17 %), aber auch die SPD blieb mit knapp unter 30 % hinter den Erwartungen zurück und konnte sich, vor allem angesichts des starken PDS-Ergebnisses (22,6 %), nur bedingt als Wahlsieger betrachten.⁵ Unter dem Strich können also die Wahlen im Jahr 2001 weder als klares Stimmungsbarometer für die Regierung noch für Union interpretiert werden.

Erwartungsgemäß richtet sich im Wahljahr selbst die Aufmerksamkeit auf die letzten Wahlen vor der Bundestagswahl, da sie am ehesten Hinweise auf die allgemeine Stimmungslage geben können. In dieser Hinsicht verstärkte die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt in jeder Beziehung den bereits vorher sichtbaren *endterm-Verlust* für die Regierungsparteien SPD und Grüne. Der Absturz der SPD⁶, das deprimierende Abschneiden der Bündnisgrünen (für die der Wiedereinzug in ein ostdeutsches Landesparlament weiter entfernt denn je erscheint), die eindeutige Mehrheit für Schwarz-Gelb und das selbstbewusste Auftrumpfen der FDP – das war eine Steilvorlage für die Oppositionsparteien, weil sie signalisierte: Eine Mehrheit von Schwarz-Gelb ist möglich.

Fasst man die Ergebnisse der Verlaufs der Legislaturperiode mit den verschiedenen Zwischenwahlen zusammen, so zeigt sich, dass der Ausgang von Wahlen insgesamt sehr viel unberechenbarer geworden und das Abschneiden der Parteien von zum Teil außerordentlich großen Schwankungen gekennzeichnet ist. So sind einerseits Stimmenverluste in Höhe von mehr als 15 %, wie bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin (CDU) oder bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (SPD) keine Seltenheit mehr; andererseits können Parteien geradezu kometenhaft nach oben schießen - wie die Schill-Partei in Hamburg oder die FPD jüngst in Sachsen-Anhalt. Wir erleben zur Zeit, vor allem aufgrund der enorm gewachsenen Wählervolatilität (siehe Tabellen im Anhang), eine Dynamisierung des Parteiensystems. Fall und Wiederaufstieg von Parteien, hohe Verluste und hohe Gewinne liegen heute sehr viel dichter beieinander als früher. Die Stabilität, die das bundesrepublikanische Parteiensystem mit seinem internen Konsenszwang lange Zeit ausgezeichnet hat, ist fragiler geworden.⁷ Diese Entwicklung beeinflusst auch die Zeiträume, in denen sich neue Regierungsmehrheiten an der Regierung halten können. Während einerseits die Zahl der treuen

⁵ Vgl. *Infratest-Dimap-Wahlreport* zur Berlin-Wahl 2001.

⁶ Vgl. *Infratest-Dimap-Wahlreport* zur Sachsen-Anhalt-Wahl 2002.

Stammwähler weiter abnimmt, reagieren die flexiblen und situationsorientierten Wähler schnell und „brutal“ auf Fehler und eine schlechte Politikperformance. Vor diesem Hintergrund könnte Rot-Grün am 22. September tatsächlich zu einer kurzen Episode in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik werden.

Ein weiterer sich verstärkender Trend, der in den letzten vier Jahren beobachtet werden kann, ist die Zunahme des strategischen *Politikmarketings*⁸ und des *Politainments*⁹ in der Wahlkampfführung der Parteien. Beide Elemente werden heute gezielt eingesetzt, um Stimmen zu maximieren. Im Zentrum steht dabei die Präsentation von Politik in Unterhaltungsformaten, die Emotionalisierung und Personalisierung politischer Sachfragen, die Professionalisierung des Wahlkampfes mit Hilfe von Werbe- und Medienagenturen, der gezielte Einsatz der Umfrage- und Meinungsforschung im Vorfeld von Wahlen, um Themen zu testen, sowie die systematische „Gegnerbeobachtung“ und die *rapid response* (schnelle Reaktionen auf den Wahlkampf der politischen Mitkonkurrenten). Vieles davon ist nicht wirklich neu, sondern hat auch in der Vergangenheit bei Wahlkämpfen schon Anwendung gefunden. Neu ist die systematische Verknüpfung dieser Elemente und die immer professionellere Nutzung der Kommunikationsmedien durch die entsprechenden Wahlkampfzentren der Parteien. Gezielte Anleihen beim Wahlkampfmanagement in den USA lassen es als durchaus berechtigt erscheinen, in diesem Zusammenhang auch von einer „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes zu sprechen, ohne dabei die Unterschiede im politischen System der Bundesrepublik und der USA auszublenden.¹⁰

1998 war es vor allem die SPD, die mit ihrem von der *Kampa* organisierten Wahlkampf im Sinne des *Politikmarketings* und *Politainments* neue Zeichen setzte. Dazu gehörten sowohl Schröders Auftritte in *Daily Soaps* und in Unterhaltungssendungen als auch der als „Krönungsmesse“ titulierte Leipziger Parteitag der SPD im April 1998, auf dem Gerhard Schröder in einer für die Medien perfekt aufbereiteten politischen Choreographie offiziell zum Kanzlerkandidaten gekürt wurde. Im Bundestagswahlkampf 2002 scheint die FDP dieses Mal der SPD in Sachen *Politainment* den Rang abzulaufen, so dass Bundeskanzler Schröder sich gezwungen sah, einem Wahlkampf der Spaßkultur eine Absage zu erteilen. Die FDP zielt mit

⁷ Vgl. auch Oberreuter, Heinrich: „Zwischen Erlebnisgesellschaft und Medieneinfluß: Die offene Zukunft des Parteiensystems“, in: Ders. (Hg.), Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie, München 1996, S. 9-23.

⁸ Vgl. zum Begriff des strategischen Politikmarketings: Schenk, Michael/Tenscher, Jens: Wandel der politischen Kommunikation unter dem Einfluß von Marketing- und Werbestrategien, in: Imhof, Kurz/Schulz, Peter (Hg.), Die Veröffentlichung des Privaten – die Privatisierung des Öffentlichen, Opladen/Wiesbaden 1998, S. 340-356.

⁹ Vgl. zum Begriff des *Politainment* Dörner, Andreas: *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*, Frankfurt a.M. 2001.

¹⁰ Siehe Falter, Jürgen: Politik im medialen Wanderzirkus, in: *Vorgänge*, Heft 2/2002, S. 5-9. Zur Auseinandersetzung um die Amerikanisierung der Wahlkämpfe und des Parteiensystems in der Bundesrepublik siehe auch Mielke, Gerd: Parteiensystem in der Krise oder Annäherung an die demokratische Normalität? Mutmaßungen zur Amerikanisierung der deutschen Parteien, in: W. Jäger (Hg.), *Republik und Dritte Welt*, Paderborn 1994, S. 231-

ihrem Wahlkampf, der mit Showeinlagen, gezielten Provokationen und Unterhaltungselementen gewürzt ist, auf die wachsende Gruppe der Wähler, die eine zunehmende Politik- und Parteiendistanz entwickelt haben.¹¹ Tatsächlich übersehen diejenigen, die allein die Parteien für die "Entpolitisierung" von Wahlkämpfen verantwortlich machen, dass die Parteien ihrerseits auf strukturelle Veränderungen in der Wählerschaft reagieren. Der alte Traditionswähler, der sich einem bestimmten Milieu verpflichtet fühlt, ist ein Auslaufmodell. Dagegen nimmt die Anzahl derjenigen, die von Wahl zu Wahl die Partei wechseln oder gar nicht wählen kontinuierlich zu; ebenso die Anzahl der *last-minute*-Wähler oder der Schnäppchenjäger, die situations- und kontextbezogen wählen.¹² Den Parteien bleibt letzten Endes nichts anderes übrig, als diesem veränderten Wahlverhalten Rechnung zu tragen und von Wahl zu Wahl neue Wählerkoalitionen zu schmieden.

Immanent fördert diese Entwicklung die Zunahme des Populismus. Dabei sollte man das Phänomen des Populismus nicht einfach auf einige rechtspopulistische Parteien reduzieren. Ein funktional-instrumenteller Populismus ist längst ein weitverbreitetes Phänomen der modernen Medien- und Umfragedemokratie.¹³ Politiker aller Couleur benutzen populistische Argumente, um angesichts der funktional bedingten Komplexität des politischen Entscheidungsprozesses der Wahlbevölkerung unpopuläre Maßnahmen schmackhaft zu machen oder aber um kurzfristig Stimmungen um des eigenen Vorteils willen aufzugreifen und zu bedienen. Dabei lassen sich Wähler und Wählerinnen keinesfalls, wie eine ökonomistische Politikauffassung glaubt, nur mit materiellen Wahlversprechen und einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik mobilisieren. Vielmehr haben in einer komplexer gewordenen politischen Umwelt Identitäts- und Sicherheitsfragen einen hohen symbolischen Stellenwert. In Hessen und Hamburg wurde Rot-Grün abgewählt (in beiden Fällen waren die Wirtschaftsdaten nach Meinung führender Wirtschaftsforschungsinstitute überdurchschnittlich gut), weil es in dem einen Fall Roland Koch und in dem anderen Fall Ronald Barnabas Schill gelang, Fragen zu thematisieren, die das Sicherheitsgefühl und die Ängste von Menschen ansprechen. Politische Akteure gewinnen ihre politische Legitimität in einem konflikthaften Prozess, der durch das Setzen und Besetzen politischer Zeichen und Symbole gekennzeichnet ist. Die dabei vorgenommenen Codierungen leben auch von der Aufladung emotionaler und als ausgegrenzt wahrgenommener Bedürfnisse, deren Virulenz eher im Symbolischen anzusiedeln ist. Politik ist eben nicht reine Interessen- und Bedürfnisbefriedigungspolitik. Das hat auch der

247 und Lösche, Peter: Europäisierung amerikanischer Parteien – Amerikanisierung deutscher Parteien?, in: Perspektiven ds, 10 Jg., Heft 2/1993.

¹¹ Siehe hierzu auch Meyer, Thomas u.a.: Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen, Opladen 2000 und Sarcinelli, Ulrich: Politik als „legitimes Theater“? Über die Rolle des Politischen in der Mediendemokratie, in: Vorgänge, Heft 2/2002, S. 10-22.

¹² Siehe hierzu auch Oberreuter, Heinrich (Hg.): Umbruch '98: Wähler, Parteien, Kommunikation, München 2001.

¹³ Siehe hierzu u.a. Korte, Karl-Rudolf/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000; Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hg.), Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten. Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus, Münster 2002.

Aufstieg zahlreicher (rechts-)populistischer Parteien in einigen europäischen Nachbarländern gezeigt.¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist es als wahrscheinlich anzusehen, dass das Phänomen des Populismus sich auch in der Bundesrepublik parteipolitisch in Zukunft stärker ausprägen wird.

¹⁴ Siehe hier insbesondere Reinfeldt, Sebastian: "Nicht-wir und Die-da." Studien zum rechten Populismus, Wien 2000.

2. Zwischenbilanz des Bundestagswahlkampfes 2002

In der *midterm-Phase* der Legislaturperiode hatten die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Umfragen einen stabilen Vorsprung vor der Opposition. Auch knapp ein Jahr vor den Wahlen, im Herbst 2001, standen die Koalitionsparteien noch relativ gut da.¹⁵ Die Ereignisse des 11. September und das entschlossene Handeln der Bundesregierung an der Seite der USA trugen trotz zum Teil heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen bei den Bündnisgrünen dazu bei, in der Öffentlichkeit die Position von Rot-Grün und insbesondere von Bundeskanzler Schröder zu stärken. Die CDU dagegen war mit der sogenannten K-Frage beschäftigt und vermittelte nach außen nicht den Eindruck, regierungsfähig zu sein. Als im Januar sich Edmund Stoiber gegen Angela Merkel als Kanzlerkandidat durchgesetzt hatte, kam es zunächst zu einem spürbaren Aufschwung für die CDU/CSU, und Edmund Stoiber konnte den Abstand zur Gerhard Schröder in den Meinungsumfragen deutlich verringern.¹⁶ Die letzten Endes klare Entscheidung für Stoiber, der sich Angela Merkel nicht nur fügte, sondern die sie anschließend auch aktiv mittrug, verschaffte der CDU/CSU die notwendige Stabilität nach innen, die sie brauchte, um sich auf den Wahlkampf einzustimmen. Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass der Kanzlerkandidat der CDU/CSU zunächst Schwierigkeiten hatte, in seine neue Rolle hineinzuwachsen. Nach mehreren misslungenen Medienauftritten sowie Unstimmigkeiten innerhalb der CDU/CSU über die politische Strategie im Wahlkampf ging die anfängliche Zustimmung wieder deutlich zurück, und der Abstand zwischen Stoiber und Schröder wurde wieder größer. Die CDU als Partei dagegen konnte sich – von kurzen Ausschlägen abgesehen – kontinuierlich von der SPD absetzen können und pendelt seit Wochen konstant um die 40 % Marke.

Für die SPD war die Freude über den Einbruch des Kanzlerkandidaten der Union in den Meinungsumfragen einige Wochen nach seiner Nominierung nur von kurzer Dauer. Zu sehr hatte sich die führende Regierungspartei auf die Konjunkturprognosen verlassen, die spätestens für das zweite Halbjahr einen deutlichen Aufschwung signalisiert hatten. Hatten sich nach dem 11. September die Kapitalmärkte und auch die US-Wirtschaft zunächst schneller erholt als man gedacht hatte, stellte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2002 her-

¹⁵ Vgl. hierzu die Graphik der Forschungsgruppe Wahlen zum Verlauf der politischen Stimmung in Deutschland zwischen 1998 und 2002 (siehe Anhang).

¹⁶ Ein Vergleich mit der Auseinandersetzung um die Kanzlerkandidatur der SPD im Wahljahr 1998 ist in diesem Zusammenhang gar nicht so abwegig, wie es von vielen wahrgenommen wurde. Bei der CDU/CSU wirkte die Auseinandersetzung um die K-Frage zwar zunächst quälend, während sie bei der SPD 1998 mobilisierend wirkte. Dennoch löste auch bei der CDU/CSU die Entscheidung für Stoiber parteiintern einen Mobilisierungsschub aus. Außerdem konnte Parteichefin Angela Merkel ihre parteiinterne Position im Rahmen der Kandidatensuche (u.a. bei den diversen Regionalkonferenzen, auf denen sie sich vorstellte) stärken. Ähnlich wie Lafontaine zog sie sich nach ihrer Niederlage bei der Kanzlerkandidatur nicht in den Schmollwinkel zurück, sondern organisierte nach innen eine erfolgreiche Arbeitsteilung zwischen sich und dem Kanzlerkandidaten und hält ihm den Rücken frei. Auch Lafontaine hielt damals – zum Teil gegen innere Überzeugungen soweit es den wirtschaftsfreundlicheren Kurs von Gerhard Schröder betraf – die SPD auf Erfolgskurs, indem er sie nach innen durch eine auf soziale

aus, dass die Konjunkturdelle in der US-Wirtschaft, aber auch in Europa nicht nur tiefer als angenommen war, sondern dass sie sich auch mit strukturellen Problemen sowie einem unseriösen Geschäftsgebaren verschiedener Konzerne vermischte und deshalb die angekündigte Konjunkturerholung eher ins Gegenteil umschlug, so dass das Wirtschaftswachstum immer wieder und immer weiter nach unten korrigiert werden musste. Die Regierung, die angetreten war, an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemessen zu werden, musste tatenlos mit ansehen, wie unter diesen Auspizien die Arbeitslosenzahlen wieder in die Höhe gingen. Hinzu kam, dass notwendige strukturelle Reformen der Arbeitsmarktpolitik, wie sie jetzt die *Hartz-Kommission* vorgelegt hat, nicht nur verschleppt, sondern insbesondere von der SPD mit Rücksicht auf die Gewerkschaften zunächst ausgebremst wurden (obwohl Experten und der kleinere Koalitionspartner Reformen auf diesem Gebiet längst angemahnt hatten). Die Hoffnung, am Ende der Legislaturperiode mit einer Erfolgsbilanz aufwarten zu können, wurde vor diesem Hintergrund zunichte gemacht. Insbesondere der Wahlkampf der SPD litt von Anfang an unter diesem Dilemma, zumal die Opposition Bundeskanzler Schröder genüsslich an sein Versprechen, die Arbeitslosenzahlen auf 3,5 Millionen zu senken, erinnern konnte. Einen weiteren Rückschlag erlitt die Aufwärmphase des Wahlkampfes der SPD durch das desaströse Ergebnis bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 2002. Auch wenn dieses Ergebnis überwiegend auf landespolitisches Ursachen (u.a. die Person des Spitzenkandidaten der SPD) zurückzuführen war, verstärkte es das allgemeine Stimmungstief bei der Kanzlerpartei. Dies gilt erst recht für die Parteispendenaffäre der SPD in Nordrhein-Westfalen, die sich wie Mehltau über die Partei legte und einen erheblichen Demobilisierungsschub auslöste, von dem sich die Parteiorganisation in Nordrhein-Westfalen immer noch nicht wieder erholt hat. Für die SPD kam erschwerend hinzu, dass der von der *Kampa 02* anvisierte Polarisierungswahlkampf gegen Edmund Stoiber ins Leere lief. Edmund Stoiber als der "konservative Bayer", der die sozialen Errungenschaften in der Bundesrepublik zerschlagen und das Land in die Vergangenheit zurückführen will - diese Botschaft, die die SPD vermitteln wollte, konnte angesichts des von Stoiber und seinen Beratern geschickt vollzogenen Imagewechsels nicht recht fruchten. Die Wahlkampfzentrale der CDU/CSU setzt bis heute alles daran, das Bild von Stoiber als kompetenten, verständnisvollen, für sozialen Ausgleich Eintretenden und den neuen Entwicklungen in der Gesellschaft offen gegenüberstehendem Kandidaten aufrechtzuerhalten und ihn damit in der Mitte zu positionieren. Hier drängen sich gewisse Parallelitäten zum Wahlkampf 1998 auf. Der CDU/CSU war es vor vier Jahren – im Unterschied zu den Jahren 1990 und 1994 – nicht gelungen, einen Polarisierungswahlkampf gegen die SPD zu führen, weil diese mit dem Konzept der *Neuen Mitte* und dem dazu passenden Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder ein probates Mittel gefunden

Gerechtigkeit zielende Rhetorik zusammenhielt und damit Gerhard Schröder nach außen den notwendigen Aktionsradius für seine Politik der *Neuen Mitte* verschaffte.

hatte, um Wechselwähler der Mitte erfolgreich zu umwerben.¹⁷ Gleichwohl hat die jetzige, auf einen „soften“ Stoiber zugeschnittene Wahlkampfstrategie der CDU/CSU Grenzen, da ein gewisses Grundmisstrauen in Stoiber vor allem in den nördlichen Bundesländern und in den ostdeutschen Bundesländern bisher nicht aus dem Weg geräumt werden konnte und ihm insbesondere seine neu entdeckte Liebe für das Anliegen der kleinen Leute und für soziale Gerechtigkeit nicht ganz abgenommen wird. Insofern ist hier die Kongruenz zwischen Wahlkampfstrategie und Person nicht so überzeugend wie 1998 bei der SPD. Vom Ergebnis her stehen sich nun im Wahlkampf zwei Kandidaten gegenüber, die beide ihre Verwurzelung in der Mitte betonen, die beide Wirtschaftskompetenz beanspruchen (mit Vorteilen für Stoiber) und die beide für soziale Ausgewogenheit plädieren sowie als Anwalt der kleinen Leute auftreten (mit Vorteilen für Schröder).

Die auffälligste Erscheinung im bisherigen Wahlkampf war sicherlich das Auftreten der FPD. Schon seit längerem (spätestens seit dem Wechsel zu Guido Westerwelle als Parteivorsitzender) vollzieht die FDP einen Rollen- und Positionswechsel.¹⁸ Sah es noch nach der Niederlage im Bundestagswahlkampf 1998 danach aus, als ob die FPD ins Stolpern kommen könnte, steht sie heute besser da denn je. Zunächst hat sie sich aus den Fesseln der Abhängigkeit von der CDU gelöst und sich eine neue koalitionspolitische Offenheit verschaffen. Diese „Äquidistanzstrategie“ erlaubt der FDP ein neues Selbstbewusstsein und hat sie als möglichen Regierungspartner für beide Volksparteien wieder interessant gemacht. Die mittlerweile vollzogenen Veränderungen gehen aber noch wesentlich weiter. Zur Zeit ist die FPD dabei, sich von einer klassischen Mittelstandspartei zu entfernen und ihren Aktionsradius in Richtung neue Wählerschichten zu erweitern. Als Instrument dieser Erweiterung setzt sie mit Blick auf Jung- und politikdistanzierte Wähler und Wählerinnen zielgerichtet Elemente des *Politainment* und des Populismus¹⁹ ein. Sowohl bei den Landtagswahlen in Nordrhein-

¹⁷ Vgl. auch Pickel, Gert u.a.(Hg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opaden 2000.

¹⁸ Vgl. Bösch, Frank: Bereit für den Wechsel? Die strategische und inhaltliche Positionierung von CDU/CDU und FDP vor der Bundestagswahl 2002, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/2002, S. 13ff.

¹⁹ Populismus wird hier zunächst einmal als Politik- und Wahlkampfstil verstanden, nicht als eigenständiges politisches Programm. Äußerungen von Jürgen W. Möllemann, aber auch von Guido Westerwelle sprechen dafür, dass man im Führungskreis der FDP aufmerksam den Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien in Europa studiert und Lehren daraus gezogen hat. Insbesondere die Tatsache, dass zunehmende Teile der Wählerschaft sich im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess nicht mehr vertreten fühlen und entweder zur Wahlenthaltung oder zur Protestwahl tendieren, hat die FPD offensichtlich elektrisiert. Gerade diese Wähler lassen sich durch Elemente des *Politainments* sowie durch gezielte Provokationen, die Identitätsfragen betreffen, am leichtesten mobilisieren. Die Tatsache, dass überall in Europa rechtspopulistische Parteien aus dieser Entwicklung Profit gezogen haben, heißt aber nicht automatisch, dass auch die FDP auf dem Wege zu einer FPÖ der Bundesrepublik ist. Erst wenn der populistische Politik- und Wahlkampfstil (zu dem es in der Mediendemokratie angesichts der gewachsenen Heterogenität der Wählerschaft eine immanente Tendenz auch bei anderen Parteien gibt) in eine kohärente rechtspopulistische Programmatik übergeht, die eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit sozialpopulistischen Elementen oder explizit fremdenfeindlichen Forderungen verbindet, würde die Einschätzung von der "Haiderisierung" der FDP Sinn machen. Bemerkenswert ist dennoch, wie Jürgen W. Möllemann Haider kopiert hat. Er hat – nicht zufällig das deutsch-jüdische Verhältnis thematisierend - gezielt eine Provokation eingesetzt, um den bisherigen Konsens der politisch-kulturellen Eliten in der Bundesrepublik in dieser Frage zu attackieren und dabei den Beifall einer bestimmten Klientel zu erheischen. Danach ist er schrittweise – unter dem öffentlichen Druck – zurückgerudert, ohne im Kern von seiner Provokation wirklich abzurücken (Haider hat bekanntlich diese

Westfalen als auch in Sachsen-Anhalt hat die FDP vorgemacht, wie sie damit erfolgreich punkten kann. Als einzige Partei hat es die FDP im bisherigen Wahlkampf geschafft, wochenlang die Schlagzeilen zu dominieren und sich damit ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu katapultieren. Auch wenn in diesem Zusammenhang die Angriffe von Jürgen W. Möllemann auf Michel Friedmann vom *Zentralrat der Juden in Deutschland* bei einigen altliberalen Wählern für Erschrecken gesorgt haben und zu einem kurzfristigen Rückgang der FDP in den Meinungsumfragen führten, sollte man die Wirksamkeit seiner gezielt eingesetzten Provokation in Teilen der Bevölkerung nicht unterschätzen. Nach dem Motto "Das musste doch mal gesagt werden" haben die Äußerungen von Möllemann in einer Gesellschaft, die sich von ihrer Vergangenheit in den letzten Jahren weiter "emanzipiert" hat, nicht nur unter Wählern der Schill-Partei für Zuspruch gesorgt. Der zum Teil anmaßende, zugleich aber spielerische und augenzwinkernde Wahlkampfstil der FDP, der in dem Projekt 18 und der Kanzlerkandidatur Westerwelles gipfelt, mag in den Augen mancher Intellektueller verpönt sein, er ist aber durchaus erfolgreich und vermag Leute anzusprechen, die bisher für die FDP nicht erreichbar waren. Mit dem überall auftauchenden Symbol 18 (die FDP Wahlkampfplakate haben in diesem Zusammenhang einen hohen Signalwert) und dem einfach gestrickten und eingängigen Steuerkonzept (15 - 25 - 35) hat die FDP - vom Standpunkt des *Politikmarketings* aus betrachtet - bisher unter allen Parteien die griffigsten Formeln gefunden, um Aufmerksamkeit zu erregen und mit dem Mittel der Vereinfachung und symbolischen Verdichtung sich nachhaltig in Erinnerung zu bringen. Ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis ist vor diesem Hintergrund nicht ausgeschlossen.

Der FDP ist es mit ihrer - wenn auch zum Teil fragwürdigen - Strategie als einzige unter den kleinen Parteien bisher gelungen, der Aufmerksamkeitsfalle zu entgehen, die in der Fixierung großer Teile der Medien und der Öffentlichkeit auf das *horse-race* zwischen Gerhard Schröder und Edmund Stoiber angelegt ist. Die Bündnisgrünen und die PDS rangieren im bisherigen Wahlkampf eher unter ferner liefen, auch wenn die Bündnisgrünen mit Joschka Fischer ein politisches Schwergewicht vorzuweisen haben. Allerdings ist es der Partei bisher nicht gelungen, auch nur Bruchteile der Popularität des beliebtesten Politikers der Bundesrepublik auf die eigene Partei umzulenken. Dabei sind die Bündnisgrünen mit einer in ihrer Parteigeschichte beispiellosen Geschlossenheit in den Wahlkampf gezogen. Sowohl die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms als auch des Wahlprogramms im Frühjahr dieses Jahres verlief relativ harmonisch und ohne größere Friktionen. Schließlich ist die Partei mit der Kür von Joschka Fischer als Spitzenkandidat über ihre eigenen Grundsätze hinausgewachsen und hat der Rolle ihres Zugpferdes Rechnung getragen. Wenn dennoch die Bünd-

Art des "Aufmischens" der Öffentlichkeit in Österreich mehrfach erfolgreich eingesetzt). Die Tatsache, dass Möllemann seitdem von der Parteiführung an die "Leine gelegt" wurde, um nicht zu viel Wirbel auszulösen, zeigt, dass die FDP weiß, dass sie eine derartige Strategie nicht überdehnen darf.

nisgrünen im bisherigen Wahlkampf blass geblieben sind, dann vor allem weil in der Öffentlichkeit ökologische Themen eine geringe Konjunktur haben und statt dessen die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehen (gerade hier wird den Bündnisgrünen immer noch eine geringe Kompetenz von den Wählern zugewiesen). Darüber hinaus fehlt es an einprägsamen Parolen und Slogans, mit denen einerseits die Stammwählerschaft, andererseits aber auch neue Wähler wirksam angesprochen werden könnten. Ob die jüngsten Veröffentlichungen der BILD-Zeitung in der Bonusmeilen-Affäre sich eher negativ oder sogar mobilisierend auf potenzielle grüne Wähler auswirken, lässt sich gegenwärtig nicht qualifiziert beantworten. Es zeichnet sich vor diesem Hintergrund ab, dass die ganze Last des Wahlkampfes auf dem Spitzenkandidaten der Bündnisgrünen liegen wird. Da Fischer in seinen öffentlichen Wahlkampfauftritten Personenwahl und Parteiwahl geschickt miteinander zu verknüpfen weiß, könnte der Fischer-Faktor²⁰ (sprich die ihm allgemein attestierte Kompetenz sowie seine Beliebtheit, die in den vergangenen Landtagswahlen, bei denen die Bündnisgrünen zum Teil kräftige Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatten, bisher nicht richtig ausgespielt werden konnten) den Bündnisgrünen trotz der Schwäche der Partei ein besseres Ergebnis beschere, als angenommen wird.

Auch der PDS ist es im bisherigen Wahlkampf nicht gelungen, eigene Akzente zu setzen. Ihre Versuche, sich westtauglich zu machen und damit auch im Westen das Ausmaß an Unterstützung zu bekommen, das die Partei für den Wiedereinzug in den Bundestag braucht, dürften durch den Rücktritt von Gregor Gysi, dem einzigen auch im Westen populären Politiker der PDS, einen weiteren Dämpfer erlitten haben. Die PDS kann sich zwar immer noch auf ihre starke soziale Verankerung in den ostdeutschen Kommunen und Bundesländern verlassen²¹, aber es zeichnen sich in der Gunst unter den ostdeutschen Wählern nach den Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin Einbrüche bei den letzten Meinungsumfragen ab. Bereits bei der Landtagswahl im April in Sachsen-Anhalt hatte die PDS netto gut 60.000 Stimmen eingebüßt. Der Rücktritt von Gysi könnte darüber hinaus auf Teile der Wählerschaft der PDS eine demobilisierende Wirkung ausüben. Da die Wahlkreise in Berlin aufgrund der Verkleinerung des Bundestages neu zugeschnitten wurden, ist auch

²⁰ Siehe hierzu auch Probst, Lothar: Von Fischer lernen. Über die Kluft zwischen den Grünen und ihrem Vor-
mann, in: Die Woche vom 1. Oktober 1999, S.5.

²¹ In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die PDS Minister in zwei Landesregierungen stellt, in
Ostberlin mit Abstand stärkste und in zwei ostdeutschen Flächenländern zweitstärkste Partei ist sowie 1998 190
Bürgermeister in kleineren und mittleren Gemeinden Ostdeutschlands stellte. In Berlin sind zahlreiche Bezirks-
bürgermeister der PDS für mehr als 300.000 Einwohner zuständig. Darüber hinaus sitzt die Partei in zahlreichen
kommunalen Parlamenten mit der stärksten Fraktion und ist mit Tausenden von Mitgliedern in Gemeinden und in
Stadtteilen präsent, in denen die anderen Parteien so gut wie überhaupt keine Mitglieder rekrutieren konnten.
Dank ihrer kommunalen Verankerung und pragmatisch orientierten Alltagspolitik gelingt es der PDS auch, ganz
unterschiedliche soziale Interessen zu bündeln und eine breite Palette von Gruppen zu repräsentieren. So zeigt
z.B. das Wählerprofil, dass es keinesfalls die ökonomischen Einheitsverlierer sind, die PDS wählen, sondern im
Gegenteil überdurchschnittlich viele Gutsituierte, vor allem Beamte, Angestellte, Hochschulabsolventen und sogar
kleinere und mittlere Unternehmer. Siehe hierzu auch Probst, Lothar: Stärken, Probleme und Perspektiven der
PDS in den neuen Bundesländern, in: Frank Berg/Lutz Kirschner (Hrsg.), PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S.
29-39.

der Wiedereinzug der PDS über das Ticket „Direktmandate“ dieses Mal nicht sicher. Sollte die PDS vor diesem Hintergrund die 5 % Hürde verpassen, wäre sie mittelfristig auf ihren Status als ostdeutsche Regionalpartei zurückgeworfen.

Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien dürften bei der jetzigen Bundestagswahl keine relevante Rolle spielen. In der Wahlforschung ist man sich seit langem darüber einig, dass auch in der Bundesrepublik durchaus ein Potenzial für eine rechtspopulistische Wählermobilisierung in einer Größenordnung von mindestens 10 % vorhanden ist. Von Zeit zu Zeit ist es einzelnen Parteien und Gruppierungen in der letzten Jahren auf Landtagsebene immer wieder gelungen, dieses Potenzial auch tatsächlich zu mobilisieren. Am spektakulärsten war in diesem Zusammenhang sicherlich der Erfolg der Schill-Partei in Hamburg. Aber es fehlt diesen Parteien bisher nach wie vor an einer ausreichenden organisatorischen Basis und einem intellektuellen Umfeld, um sich - über Einzelerfolge hinaus - erfolgreich im Parteiensystem der Bundesrepublik festsetzen zu können und den Sprung in den Bundestag zu schaffen.²² Das Scheitern an der 5 % Hürde in Sachsen-Anhalt im April 2002, die internen Auseinandersetzungen und Konflikte beim Aufbau weiterer Landesverbände und die relativ schnelle Entzauberung in Hamburg haben auch den Höhenflug der Schill-Partei zunächst einmal schnell beendet. Nicht zuletzt die Stoiber-Kanzlerkandidatur und die von Otto Schily verfolgte "harte" Linie in der Kriminalitätsbekämpfung und Innenpolitik dürften dafür sorgen, dass die Parteien am äußerst rechten Rand bei dieser Bundestagswahl eine Marginalie bleiben dürften.

²² Vgl. hierzu Decker, Franz: Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland. Republikaner, Statt-Partei und der Bund Freier Bürger, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 29 (2000) 2, S. 237-255 und ders., Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der "Schill-Partei", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/2002, S. 22-31.

3. Zur gegenwärtigen Situation und zu den Chancen der Parteien in der Endphase des Wahlkampfes

Sechs Wochen vor der Bundestagswahl erscheint die Situation für die Regierungsparteien SPD und Bündnisgrüne nicht nur außerordentlich schwierig, sondern nahezu aussichtslos. In allen Umfragen liegt die Koalition deutlich hinter den Oppositionsparteien, von einer rechnerischen Mehrheit ist Rot-Grün weit entfernt.²³ Inzwischen steht selbst der Einzug der PDS, der für eine Pattsituation zwischen den Optionen Rot-Grün und Schwarz-Gelb sorgen könnte, in Frage. Die letzten politischen Ereignisse (Scharping-Rücktritt, Bonus-Meilen-Affäre, Anzeige von Müntefering gegen die BILD-Zeitung) sowie die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Wirtschaftskonjunktur haben sich ebenfalls zuungunsten der Regierungsparteien ausgewirkt. Der erhoffte und immer wieder herbeigeredete Aufschwung ist nicht eingetreten, für die Menschen sind allenfalls negative Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftslage spürbar (u.a. durch die Ankündigung einer Reihe von Konzernen, weitere Arbeitsplätze abzubauen). Kurzum: Wohin man schaut, ist kaum Land für SPD und Bündnisgrüne in Sicht. Nur ein „politisches Wunder“, so scheint es, könnte vor diesem Hintergrund die Regierungskoalition noch retten.

Wenn ein solches „politisches Wunder“ dennoch nicht völlig ausgeschlossen ist und es in der heißen Wahlkampfphase voraussichtlich zu einem Aufschwung für Rot-Grün kommen wird, dann aufgrund der Entwicklungen des Wahlverhaltens der Wahlbevölkerung und der besonderen Konstellationen kurz vor der Bundestagswahl.

- Angesichts der **hohen Volatilität des Wahlverhaltens** (die Ergebnisse der Zwischenwahlen in der ablaufenden Legislaturperiode haben gezeigt, dass die Anzahl der *last-minute-Wähler* und der Wähler, die sehr flexibel, kontext- und situationsbezogen wählen, signifikant gewachsen ist) können auch sechs Wochen vor der Bundestagswahl Umfragen noch kein ausreichend stabiles Bild für die endgültige Wahlentscheidung abbilden, zumal von den Meinungsforschungsinstituten übereinstimmend betont wird, dass die Zahl der noch unentschiedenen Wähler sehr hoch ist.²⁴ Die Oppositionsparteien profitieren zwar von der allgemein schlechten Stimmungslage und den Enttäuschungen über die Regierungsparteien (vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung), aber das Vertrauen, dass unter einer von Edmund Stoiber geführten Regierung alles besser werden würde, hat sich nicht eingestellt – **es fehlt deshalb an einer eindeutigen Stimmung für einen politischen**

²³ Siehe aktuelle Umfrageergebnisse der wichtigsten Meinungsforschungsinstitute im Anhang.

²⁴ Laut einer Umfrage von Infratest-dimap für die "Welt am Sonntag" vom 11.08.2002 sind 45 % der Wähler noch unentschieden. Bei den 18- bis 29jährigen schwanken noch 57 %, in den ostdeutschen Bundesländern sind noch 53 % der Wähler unentschieden.

Wechsel im Land (dies wurde in der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 9. August für das Politbarometer des ZDF noch einmal nachdrücklich bestätigt).

- Im **Osten**, wo bereits in den vorausgegangenen Legislaturperioden die Bundestagswahlen entschieden wurden, hat die SPD in einigen Umfragen sogar einen **Vorsprung vor der CDU**.
- Des Weiteren konnte **Bundeskanzler Schröder** im direkten Vergleich mit seinem Herausforderer seinen **Sympathievorsprung wieder vergrößern**.
- In diesem Zusammenhang könnte auch den **Fernsehduellen der beiden Spitzenkandidaten** eine wichtige (wenn auch nicht ausschlaggebende) Bedeutung zukommen, weil gerade unentschiedene und politisch weniger informierte Wähler sich häufig von der Ausstrahlung des sympathischeren und sicherer auftretenden Kandidaten leiten lassen.²⁵
- Es zeichnet sich darüber hinaus ab, dass **neue Themen** den Regierungsparteien in den nächsten Wochen entgegen kommen werden. In der Diskussion um einen möglichen **Krieg gegen den Irak** neigt eine große Mehrheit der Bevölkerung der jetzt stärker akzentuierten kritischen Position von Schröder und Fischer zu. Wenn die Regierungsparteien es verstehen, das Thema Außenpolitik angesichts der krisenhaften Entwicklung in verschiedenen Teilen der Welt als ein für die Zukunft der Bundesrepublik zentrales Thema (und nicht als Ablenkungsmanöver von innenpolitischen Problemen) im Wahlkampf präsent zu halten und dabei in den Mittelpunkt stellen, dass das in dieser Hinsicht ja durchaus erfolgreiche Gespann Schröder/Fischer Garant für außenpolitische Kontinuität, Stabilität, Besonnenheit und Bündnistreue ist, könnte dies ebenfalls Pluspunkte verschaffen (das Gespann Stoiber/Westerwelle dürfte in Bezug auf ihre außenpolitische Kompetenz weitaus weniger Vertrauen einflößen).
- Auch die im Konsens verabschiedeten **Vorschläge der Hartz-Kommission** werden voraussichtlich der SPD und dem Kanzler noch einmal Auftrieb geben – allerdings nur dann, wenn die Regierungsparteien nicht länger „herumeiern“ und offen und ohne Beschönigung auch Fehler und Versäumnisse in der vergangenen Legislaturperiode einräumen. Dies ist vor allem eine **Frage des Politikstils**. Parteien und Politiker müssen glaubhaft vermittelt können, dass sie gewillt und bereit sind, aus Fehlern zu lernen und die Ärmel hochzukrempeln, um die unerledigten Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die Wahlbürger wollen nicht immer die selben Entschuldigungen hören, mit denen nicht eingehaltene Versprechen relativiert und beschönigt werden. Einen Fehler einzugestehen und nicht mit neuen falschen Versprechungen welcher Art auch immer in den Wahlkampf zu ziehen, wird mehr honoriert, als ein Beharren auf der ei-

²⁵ Siehe hierzu auch Clemens, Clay: "Going public": Personalisierungstendenzen in der Bundesrepublik und den USA, in: Korte, Karl-Rudolf/Hirscher, Gerhard (Hrsg.), Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik?, München 2000, S. 172-193.

genen Position. Viele Wähler wissen längst, dass die Phase eines stetigen Wirtschaftsaufschwungs und Einkommenszuwachses vorbei ist, dass auch in der Zukunft mit krisenhaften Entwicklungen, Einschnitten und Veränderungen gerade in den Sozialsicherungssystemen zu rechnen ist. Hier liegt auch eine offene Flanke der Unionsparteien, denn die Steuervorschläge und sozialpolitischen Versprechungen im Wahlprogramm der CDU/CSU sind nur dann finanzierbar, wenn die Konjunktur sich spürbar erholt. Diese Perspektive ist zwar durchaus realistisch, sollte sich aber der Durchhänger der Weltkonjunktur länger hinziehen als erwartet, müsste die CDU/CSU ihre Wahlversprechen gleich wieder kassieren.

- Auch die gegenwärtigen **Wetterkapriolen in Deutschland und Europa**, die große Teile der Bevölkerung alarmiert haben und in der Alltagskommunikation eine wichtige Rolle spielen, könnten noch zum **Wahlkampfthema** werden. Klimaforscher führen die signifikante Zunahme von Unwettern eindeutig auf die Erderwärmung (industrieller Treibhauseffekt, CO² Emissionen, Energieverbrauch) zurück. Die gegenwärtige Regierungskoalition kann sich zugute halten, in der Energie- und Klimapolitik einiges auf den Weg gebracht zu haben. Die Bundesrepublik ist inzwischen führend beim Einsatz der Windenergie und auch bei der Förderung der Sonnenenergie. Neben den energiepolitischen Effekten sind in diesen Bereichen neue mittelständische Industrien, Arbeitsplätze und Exportmöglichkeiten entstanden. Die Frage, ob und wie diese Politik erfolgreich fortgesetzt werden kann, ist durchaus eine Richtungsentscheidung, denn eine Regierung Stoiber / Westerwelle würde erklärtermaßen ökologische Steuerungsinstrumente der Marktwirtschaft, wie sie von Rot-Grün eingeführt worden sind, zurückdrehen.

Vor dem Hintergrund der hier genannten ist das Rennen um die zukünftige Regierung der Bundesrepublik trotz aller anderen Anzeichen immer noch offen. Die Unionsparteien haben zwar die wesentlich bessere Ausgangsposition, aber die Parteien der Regierungskoalition könnten mit einem Kraftakt in der Endphase des Wahlkampfes noch einen wahlentscheidenden Stimmungswechsel herbeiführen. Gerade um unentschiedene und Stammwähler zu mobilisieren, müssten sie in der Schlussphase des Wahlkampfes vermitteln, dass es um eine **Richtungsentscheidung** (sprich um tatsächliche Alternativen) im Hinblick auf die Zukunft der Bundesrepublik geht.